

Mehr Leistung durch höhere Windräder

Ausbeute im Kreis soll verdoppelt werden

LANDKREIS. Die Erzeugung von Energie aus Windkraft wird sich im Landkreis Stade in den nächsten Jahren verdoppeln. Derzeit erzeugen die Windmühlen zwischen Buxtehude und Balje rund 300 Megawatt. Angestrebt werden 600 Megawatt. Aber: Die Steigerung soll weitestgehend durch die Modernisierung der vorhandenen Anlagen, dem sogenannten Repowering, erreicht werden.

„Damit wären wir im Bereich der Leistung des stillgelegten Atomkraftwerks in Stade“, sagt Lothar Giesler, kommissarischer Leiter des Baudezernats der Kreisverwaltung. Die Leistungssteigerung soll dabei weitgehend durch neuere und höhere Anlagen erreicht werden. Es gebe keinen Grund im Regionalen Raumordnungsprogramm im wesentlich Umfang neue Vorranggebiete auszuweisen, so Giesler. Das zum Teil massive Werben privater Investoren sei für die Kreisverwaltung kein Grund, neue Gebiete auszuweisen. Ausnahmen könnten ein neues Gebiet in der Gemeinde Engelschoff und „sinnvolle“ Erweiterungen bestehender Windenergie-Flächen sein.

Uwe Arndt, Bürgermeister der Gemeinde Ahlerstedt und Frakti-

onschef der Freien Wählergemeinschaft im Stader Kreistag, fordert jetzt von der Kreisverwaltung klare Abstandsregeln für die Windkraftanlagen. „Für die Verwaltungen und Kommunalpolitiker ist es sehr wichtig, welche Abstandsrichtlinien maßgebend sind“, sagt Arndt.

Seit 2004 gibt es vom Land Niedersachsen die Vorgabe, dass der Abstand von Vorranggebieten für die Windenergienutzung zu jeglicher Art von Wohnbebauung mindestens 1000 Meter betragen soll. Des Weiteren empfiehlt die Landesregierung einen Abstand von mindestens 5000 Meter zwischen den Vorranggebieten einzuhalten. Arndts Anfrage zu diesem Thema wird am morgigen Mittwoch (8.30 Uhr, Kreishaus in Stade) im Ausschuss für Regionalplanung und Umweltfragen des Kreistages behandelt. Die Vorgaben der Landesregierung werden nach TAGEBLATT-Informationen weitgehend im neuen Regionalen Raumordnungsprogramm übernommen. Die für die Bauleitplanung zuständigen Kommunen werden aber unter anderem die Möglichkeit haben, Ausnahmen bei alleinstehenden Häusern zuzulassen. (kw)